

Nachtragshaushalt geöffnet!

Wegfall der Kfz-Steuer bringt im Gegenzug Stellen für 3. QE

Ungläubiges Staunen in den Büros der Finanzämter. Doch der Nachrichtensprecher im Radio lügt nicht: Der Finanzminister will die Betriebsprüfung durch das freiwerdende Personal aus den Kfz-Steuer-Stellen verstärken. Meint er das ernst? Oder ist das ein politischer Kniff, um die Öffentlichkeit wegen der Hinterziehungsfälle zu beruhigen? Wie sollen Kolleginnen und Kollegen aus der Kfz-Steuer denn auf einmal Betriebe prüfen? Das war im Herbst letzten Jahres und gemeint war das Ganze natürlich nicht auf die Personen bezogen, sondern auf die Planstellen. Aber ob das Kabinett hier mitspielen würde, war zweifelhaft. Die bfg-Spitze warb in einer Vielzahl von Gesprächen mit Minister, Staatssekretären und Abgeordneten intensiv dafür den Nachtragshaushalt nicht nur für den Kultusbereich, sondern auch für die Steuerverwaltung zu öffnen. Das ist gelungen. Der Nachtragshaushalt 2014 wird für Personalmaßnahmen geöffnet. Die Planstellen für die Kfz-Steuer fallen nicht ersatzlos weg, sondern werden haushalterisch - zumindest teilweise - in die 3. QE überführt. Trotzdem besteht kein Grund zum Jubeln - denn unter dem Strich bleibt ein Minus. Seit entschieden wurde die Kfz-Steuer-Festsetzung und -Erhebung in die Hände des Bundes zu überführen,

tragen 327 Planstellen im Haushalt den Vermerk „kw“ - künftig wegfallend. Tatsächlich sind derzeit aber nur 147 Vollzeitkräfte in dem Arbeitsgebiet selbst beschäftigt. Die überdurchschnittliche Diskrepanz zwischen Soll und Ist ist darauf zurückzuführen, dass die Amtsleiterinnen und Amtsleiter eine höhere Unterbesetzung in der Kfz-Steuer zugunsten anderer Arbeitsbereiche vielfach hingenommen haben. Ein Stellenminus hier trifft also das ganze Amt. Die bfg stemmt sich deshalb seit Bekanntwerden der geplanten Neuorganisation vehement gegen den drohenden Stellenverlust und verweist auf den objektiv festgestellten Personalmangel in der Steuerverwaltung.

Entschließung zur Personalsituation gefasst

Bezug nimmt die bfg dabei auf die Berechnungen, die sich aus den Mus-

Finanzminister Markus Söder legt einen Nachtragshaushalt vor, der erstmals auch für Personalstellen geöffnet wird. Die 150 Stellen in der 3. QE für die Finanzämter sind sehr lobenswert, aber längst nicht ausreichend, angesichts der Personalmissere in den Finanzämtern, zumal sie auch durch die wegfallenden „Kfz-Steuer-Stellen“ aus der 2. QE gegenfinanziert werden.

terwerten der bundeseinheitlichen Personalbedarfsberechnung ergeben. Bayern führt auf dieser Grundlage seine Verteilungsrechnung durch. Dabei tut sich eine gewaltige Lücke zwischen dem errechneten Bedarf und der aktuellen Stellenausstattung auf. Es fehlen danach über 2.500 Planstellen. Der bfg-Gewerkschaftstag im November 2013 in Schweinfurt hat eindringlich auf diese Tatsache hingewiesen. Es wurde unter der Überschrift „Unterbesetzung beseitigen - Personal und Arbeitsanfall zur Deckung bringen!“ eine detaillierte Entschließung erarbeitet und einstimmig beschlossen.

Aufgaben und Personalausstattung bedingen sich

Dabei verkennt die bfg nicht, dass es eine weitere Stellschraube gibt, an der man ansetzen kann, ja ansetzen muss. Das sind die zugewiesenen

Heckner, Winter, Füracker, Osgyan und Ganserer, Felbinger und Meyer

Wipijewski setzt politische Gespräche fort

Seiten 6, 7, 8

Alle Staatsbediensteten betroffen!

bfg befürchtet Verzögerungen bei der Auszahlung von Leistungen wegen Personalmangels im Staatsfinanzdienst

Seite 12

bfg: „Bei Personalverteilung muss Innendienst Personal zugeführt werden.“

Abteilungsleiter Alexander Voitl zu Gast bei bfg-Klausur

Seite 13

Aufgaben. Könnte man sie reduzieren oder durch sinnvollen EDV-Einsatz zumindest rationalisieren, würde sich das Missverhältnis ebenfalls verbessern. Allerdings ist davon nichts zu erkennen. Das Steuerrecht wird mit jeder Novellierung komplizierter, die Bearbeitung immer noch aufwändiger, und die EDV-Verfahren bringen bis jetzt - und wohl noch auf absehbare Zeit - Mehrarbeit statt Entlastung. Ob RMS, ELStAM, ELSTER - oder künftig GINSTER-Master - all diese Verfahren mögen im Endausbau das Potenzial für eine Arbeitsentlastung in sich tragen - realisieren können wir es derzeit nicht einmal ansatzweise. Wir befinden uns halt in einem Umstellungsprozess, wird der bfg entgegen gehalten, das sind eben in Kauf zu nehmende Anlaufverluste. Schon richtig, nur für diese Investitionsphase bräuchten wir eigentlich zusätzliches Personal. Stattdessen werden die Beschäftigten in den Finanzämtern Jahr für Jahr weniger. Die Schere zwischen Aufgaben und Personalausstattung geht eben nicht zu, sondern immer weiter auf. Das muss ein Ende haben! Dieser Prozess ist unbedingt umzukehren!

In der bfg-Entscheidung werden auch die Folgen dieser Entwicklung deutlich angesprochen: Prüfungsturnusse, die ganze Generationen von Betriebsinhabern verschonen und stetig wachsende Rückstände im Innendienst. Zudem wirkt sich die massive Überbelastung negativ auf die Mitarbeitergesundheit aus. Daraus resultiert die klare, konsequente Forderung der bfg: Der personelle

Fehlbestand ist zu beseitigen! Aufgaben und Personalausstattung sind zur Deckung zu bringen! Es besteht kein Raum für Stellenkürzungen irgendwelcher Art!

Nachtragshaushalt öffnen

Nachdem es der bfg gelungen war im letzten Doppelhaushalt ein Plus von 200 Planstellen plus 600 Anwärterstellen zu verankern, galt es nun auf Grundlage der Entschließung in zahlreichen politischen Gesprächen den Druck weiter hochzuhalten. Es musste all denen entgegengetreten werden, die meinten, damit wäre es doch genug. Nein, keineswegs! Das ist ein positives Signal, das wir durchaus anerkennen, aber es ist auch nicht mehr. Dieser Weg muss nun fortgesetzt werden, am besten schon im Nachtragshaushalt 2014. Natürlich ist sich die bfg bewusst, dass in der Geschichte noch kein Nachtragshaushalt für Personalmaßnahmen geöffnet wurde. Dazu kommt, dass Ministerpräsident Seehofer einen Stellenstopp verordnet hat. Die Notlage ist aber so gravierend, dass sie keine falsche Rücksichtnahme duldet. Der bfg-Vorsitzende machte deshalb dem Finanzminister deutlich, dass ein Weg gefunden werden muss.

Nun liegt der Kabinettsbeschluss vor: Nach dem Entwurf des Nachtragshaushalts werden die Stellen in der 2. QE, die auf die Kfz-Steuer entfallen, nicht ersatzlos eingezogen. Sie werden umgewandelt in solche der 3. QE. Die Finanzierung erfolgt so quasi quer innerhalb des Ressorts. Es ergeben sich 150 Planstellen für die Finanzäm-

ter und 25 für die neue Abteilung VIII des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat in Nürnberg. In der Folge wurde bereits die Einstellungsermächtigung für die 3. QE für 2014 auf insgesamt 457 erhöht. In der 2. QE bleibt es jedoch bei dem dicken Minus, das sich wegen der bereits versandten Einstellungsangebote zwar erst mit Verzögerung auswirkt, aber dennoch sehr schmerzt. Denn gerade in der 2. QE haben wir große Probleme in den Großräumen Personal zu finden und zu halten. Gerade in der 2. QE haben wir Mühe eine zeitgerechte Beförderung schon nach A 8 zu gewährleisten. Und gerade in der 2. QE drohen massive Altersabgänge in den nächsten Jahren.

Noch lange nicht am Ziel

Die bfg erkennt durchaus an, dass der Finanzminister die Not seiner Verwaltung sieht und diesen Aspekt auch erfolgreich ins Kabinett einbringt. Die Arbeit der bfg trägt offenbar Früchte. Aber es muss jetzt unbedingt weitergehen! Das Minus in der 2. QE ist nicht akzeptabel! Wir erwarten, dass der nächste Doppelhaushalt das zumindest korrigiert. Und auch in der 3. QE sind wir noch längst nicht am Ziel. Die 150 Stellen werden den Prüfungsturnus nicht retten und die Veranlagungsrückstände nicht beseitigen, wenn es damit sein Bewenden hat. Deshalb wird die bfg nicht müde werden die Politik zu mahnen. Denn damit Aufgaben und Personal wieder zusammenpassen, bleibt noch viel zu tun.

INHALT

- S. 1** Nachtragshaushalt geöffnet

- S. 4** Bericht aus dem HPR

- S. 6** Ausschussvorsitzende will Stellenhebungen im Doppelhaushalt

- S. 7** Gerhard Wipijewski und Peter Winter erörtern Situation in der Finanzverwaltung

- S. 12** Arbeitskreis Staatsfinanz der bfg

- S. 13** bfg-Klausur mit Personalabteilungsleiter Alexander Voitl

- S. 14** Ein Superministerium stellt sich vor

IMPRESSUM

Herausgeber: bfg-Verlag, Karlstr. 41, 80333 München, Tel. (0 89) 54 59 17-0, Fax (0 89) 54 59 17 99, info@bfg-mail.de, www.finanzgewerkschaft.de

Verantwortlich: Gerhard Wipijewski, Vorsitzender der Bayerischen Finanzgewerkschaft

Redaktionsleiter: Thomas Wagner

Redaktion: Konrad Adam, Matthias Bauregger, Nicole Kittlaus, Jörg Kothe, Johanna Markl, Christoph Werwein, Helene Wildfeuer und Gerhard Wipijewski

Layout: Thomas Wagner

Druck: Druckerei Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Anzeigenverwaltung: bfg-Verlag, Karlstr. 41, 80333 München, Tel. (0 89) 54 59 17-0, Fax (0 89) 54 59 17 99

Die „Bayerische Finanzgewerkschaft“ erscheint 10x jährlich. Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der bfg und der Redaktion nicht übereinstimmen muss. Bei Leserbriefen behalten wir uns Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.

Hoeneß - einer von Hunderttausenden!

Text: Gerhard Wipijewski, Vorsitzender

Am 10. März, dem Tag, an dem diese Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift in Druck gegangen ist, hat im Münchner Justizpalast der Prozess gegen Uli Hoeneß wegen Steuerhinterziehung begonnen.

Es gibt vielerlei Besonderheiten in diesem Fall, gerade auch in rechtlicher Hinsicht. Die besondere Bedeutung erwächst dem Ganzen aber aus der Prominenz des Angeklagten. Der Präsident des FC Bayern gehört zweifellos zu den bekanntesten Deutschen und galt vielen Menschen lange Jahre gleichsam als moralische Instanz.

Dazu kommt jedoch die Tatsache, dass der Fall Hoeneß nicht allein steht. Vielmehr spüren die Menschen im Land inzwischen, dass der Fall nur ein weiteres Mosaiksteinchen ist, aus dem sich zunehmend ein Gesamtbild ergibt: das Bild eines deutschen Staates, der hunderttausendfache Steuerhinterziehung zulässt, im Hintergrund unzählige Steueroasen, in denen weltweit Billionen Dollar/Euro versteckt werden. Die Erkenntnisschritte waren neben prominenten Einzelfällen wie Zumwinkel oder zuletzt Schwarzer die Diskussionen um Ankauf und Auswertung von Steuerdaten-CDs, der parteipolitische Streit um Abschluss eines Steuerabkommens mit der Schweiz, das Vieles und Viele anonym und straffrei belassen hätte (auch Hoeneß!), die Beschäftigung der Medien mit den Offshore-Leaks und den Steuerminimierungsmethoden international agierender Konzerne sowie der Vorwurf der „Steueroase Bayern“, nachdem wiederholt die miserable Personalausstattung der bayerischen Finanzämter ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten war.

Ich hoffe, dass der Fall Hoeneß die Einsicht in die Bedeutung des Steuervollzugs weiter stärkt. Dazu beitragen könnten der Prozessverlauf und ein entsprechendes Urteil, das den Bürgern zeigt, dass es hier weder Bonus noch Malus für den Prominenten gibt. Aber auch ein Angeklagter, der nicht nur seine eigene „Torheit“ – und damit sein Schicksal – beklagt, sondern der auch bekennt, dem Staat und der Gesellschaft Schaden zugefügt zu haben.

Aber was ist das für ein Staat, der es ermöglicht hat, dass Hunderttausende ihre Einkünfte vor dem Finanzamt geheim halten konnten? Und was ist das für ein Staat, in dem das Finanzamt nicht ansatzweise in der Lage ist Steuerstraftaten in dieser Vielzahl zu entdecken und zu verfolgen? Betrachten wir die Situation der Steuerverwaltung in Bayern, so wird schnell klar: in jeder Stelle eines Finanzamts, in der Auffälligkeiten entdeckt oder solchen nachgegangen werden könnte, in der Prüfungen erfolgen und Ermittlungen angestellt werden könnten, überall fehlt es dermaßen an Personal, dass solches eben nicht im erforderlichen Maß geschehen kann. Das gilt für die entsprechenden Bereiche des Innendienstes in gleicher Weise wie für Prüfungsdienste oder die Steuerfahndung. Überall – vom Rechnungshof wiederholt festgestellt – viel zu wenig. Ich habe das Medieninteresse im Vorfeld des Hoeneß-Prozesses genutzt um immer wieder auf diese Tatsache hinzuweisen. In der Radiosendung auf Bayern 2 „Steuerhinterziehung - vom Volkssport zum Pranger“ am 05.03.2014 wurde die Thematik in außerordentlich seriöser Weise behandelt. Dabei war DSTG-Vorsitzender Thomas Eigenthaler der Gesprächspartner im Studio, ich selbst kam in Einspielungen zu Wort. Sie können diesen Beitrag aus der Reihe „Dossier Politik“ im Internet abrufen. Ich möchte ihn Ihnen empfehlen.

Am 26. März kommt es zur Ersten Lesung des Nachtrags Haushalts im Bayerischen Landtag. Dann bietet sich den Abgeordneten wieder die Gelegenheit hier in Bayern etwas gegen die Misere der Steuerverwaltung und damit gegen die massenhafte Steuerhinterziehung zu unternehmen. Mein Appell an die Abgeordneten lautet: Springen Sie Finanzminister Söder bei und packen auf den Entwurf noch weitere Stellen für die Finanzämter d’rauf, damit der Personalstand nicht noch weiter sinkt! – So werden sich auf Dauer auch all die Zusatzausgaben finanzieren lassen, die dieser Haushalt bringen soll!

BERICHT AUS DEM HPR

Johanna Markl



Einführung eines Lizenzmanagement-Tools im IT-Bereich

Im IuK-Bereich sind die verschiedensten Softwareprodukte im Einsatz. Es handelt sich überwiegend um lizenzpflichtige, zum Teil aber auch um lizenzfreie Produkte. Die korrekte Lizenzierung sei von zunehmender Bedeutung, so das Ministerium, aber in der Praxis nicht immer einfach zu bewerkstelligen. Zu hohe Lizenzierung koste Geld, zu niedrige Lizenzierung könne mit erheblichen Strafen belegt werden.

Zur effektiven Verwaltung der im Einsatz befindlichen Software soll nun ein Lizenzmanagement-Tool eingeführt werden. Die Analyse der verwendeten Software erfolgt dann anhand der durch Fernwartung bereitgestellten Daten. Dies geschehe mittels eines Scans, der vorher angekündigt werde und bei dem kein Zugriff auf Dateien erfolge. Eine Leistungs- und Verhaltenskontrolle sei durch Deaktivierung vorhandener Teile des Tools ausgeschlossen.

Das Tool sei in der IT-Abteilung des Landesamtes für Steuern pilotiert worden. Ein Einsatz sei daneben beim Landesamt für Finanzen und dem neu zum Ressort gekommenen

Rechenzentrum Süd vorgesehen. Aber auch andere Ressorts hätten Interesse angemeldet. Die betroffenen Beschäftigten sollen über den vorgesehenen Einsatz und die Einsatzbedingungen informiert werden. Zur Sicherstellung des Schutzes der Beschäftigten wurden Verhandlungen über den Abschluss einer Dienstvereinbarung verabredet.

Speicherübersicht UNIFA

Mit der Einführung von UNIFA wurde auch die sog. Speicherübersicht geschaffen. Sie dient dem besseren Arbeitsablauf in den einzelnen Bereichen. Mit ihr können am Finanzamtsrechner zwischengespeicherte Fälle eingesehen werden. Damit sollen z.B. Fälle mit Zeichnungsvorbehalt erkannt oder ein Vergessen der Umsetzung von Fällen vermieden werden.

Bereits bei der Einführung im Jahr 2000 und erneut in 2005 hat das Finanzministerium - insbesondere auf Forderung des HPR - gegenüber den Ämtern klargestellt, dass die Speicherübersicht kein geeignetes Instrumentarium zur Dienstaufsicht darstellt und nicht für eine Leistungs- und Verhaltenskontrolle geeignet ist. Es ergebe sich daraus weder eine Aussage zu den unterschiedlichen Schwierigkeitsgraden von Fällen noch

zu den durchgeführten weiteren Arbeiten wie veranlagungsbegleitende Tätigkeiten. Die Speicherübersicht habe daher keinen Aussagewert über die Arbeitsleistung und den Arbeitsumfang. Einzig relevantes Verfahren zur Steuerung des Arbeitsfortgangs sei das Verfahren MISTRAL. Dazu hat der HPR mit dem Finanzministerium in einer Dienstvereinbarung zur Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten klare Regelungen vereinbart.

Da diese Grundsätze offenbar in Einzelfällen missachtet wurden, hat sich der HPR entschieden gegen eine derartige Vorgehensweise gewandt und das Finanzministerium aufgefordert, gegenüber den Dienststellen nochmals eindeutig klarzustellen, dass die dienstlichen Anweisungen des Finanzministeriums sowie die Dienstvereinbarung einzuhalten sind, eine Verhaltens- und Leistungskontrolle über die Speicherübersicht unzulässig ist und eine Verletzung der Dienstpflichten darstellt.

Einbeziehung der Lohnsteueraußenprüfung in MISTRAL

Im Verfahren MISTRAL werden derzeit noch für verschiedene Arbeits-

bereiche von den Fachreferaten des LfSt erstellte Jahresstatistiken übernommen um so eine Gesamtschau über das Finanzamt zu ermöglichen. Die Finanzämter erfassen dazu die entsprechenden Daten in Excel-Listen. Für die Bereiche der Lohnsteuerprüfung und die Umsatzsteuerprüfung sollen diese künftig in MISTRAL-Eingabemasken - sog. APEX-Masken - eingegeben werden. Damit sollen eine Vereinfachung sowie eine bessere Übersicht und Benutzerfreundlichkeit erreicht werden.

Nach der Pilotierung steht die allgemeine Einführung an, bei der der HPR zu beteiligen ist.

Strukturierte Interviews im Einstellungsverfahren

Der Datenschutz und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sind auch für die strukturierten Interviews im Rahmen des Einstellungsverfahrens für die 3. und 4. QE zu

beachten. Es war nun eine Änderung im Ablauf der Gespräche erforderlich. Die einleitenden Fragen im Vorstellungsteil werden künftig nicht mehr in der Gruppe, sondern im Einzelgespräch gestellt.

Wie geht's weiter mit den Strukturierten Interviews

In dem Zusammenhang wurde wegen der zu erwartenden großen Einstellungsjahrgänge in der 3. QE die Frage nach Veränderungen im Verfahren mit dem Ministerium erörtert. Die Zukunft dieses Verfahrens hinterfragt der HPR schon seit einiger Zeit kritisch, auch angesichts der zu erwartenden steigenden Einstellungen, aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen. Im Mittelpunkt steht der personelle Aufwand für die Prüfer-teams. Angesichts der aktuellen und künftigen Einstellungszahlen und der desolaten Personalsituation in den Ämtern scheint diese Form nicht mehr machbar. Zuviel Personal werde dafür zu lange Zeit gebunden.

Auch sei die Frage zu stellen, ob die Gespräche überhaupt so zügig abgewickelt werden könnten, dass keine Bewerberinnen und Bewerber aus Zeitgründen abspringen. Man sollte auch die positiven Erfahrungen aus den Einstellungsgesprächen für die 2. QE bedenken.

Für das anstehende Auswahlverfahren müsse, so das Ministerium in einem Erörterungstermin, den Bewerberinnen und Bewerbern das Prozedere vorweg bekannt gegeben werden. Ein geändertes Verfahren für die aktuellen Einstellungsgespräche müsste daher in kürzester Zeit entwickelt werden und es müsste Gerichtsfestigkeit gewährleisten. Dies erscheine problematisch.

Der HPR hat betont, dass er jederzeit sowohl offen sei für eine Diskussion über ein Aussetzen, Absetzen oder über Veränderungen als auch bereit und in der Lage, Entscheidungen zu treffen.

**Schutz und Sicherheit
nach
einem Unfall**



NÜRNBERGER
Beamten Versicherungen



Ausschussvorsitzende will Stellenhebungen im Doppelhaushalt

bfG-Vorsitzender Wipijewski spricht mit MdL Ingrid Heckner über Situation in der Finanzverwaltung und die kommenden Haushaltsberatungen.

Zur gemeinsamen Erörterung der vom Gewerkschaftstag beschlossenen Entschlüsse sind der bfg-Vorsitzende Gerhard Wipijewski und die Vorsitzende des Landtagsausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, MdL Ingrid Heckner, zusammengekommen.

Im Mittelpunkt der Unterredung standen dabei die Personalsituation in der Steuer- und Staatsfinanzverwaltung. Angesichts der am Fall Alice Schwarzer wieder aufgekommenen Diskussion um den Steuervollzug zeigte Wipijewski dabei die Not der

Steuerverwaltung in Innen- wie Außendiensten auf. Wenngleich die bfg am Instrument der strafbefreienden Selbstanzeige unter verschärften Bedingungen festhalten wolle, müsse auch der Verfolgungsdruck erhöht werden, damit der Schritt zur Selbstanzeige nicht vorrangig durch CD-Ankäufe ausgelöst werde. Ebenso sind die hohe Fallzahlenbelastung im Innendienst sowie die indiskutablen Abstände zwischen den Prüfungen im Außendienst eine vom Rechnungshof untermauerte Tatsache, die in anderen Ländern den Argwohn am Steuervollzug in Bayern schüre. Aber auch in der Staatsfinanzverwaltung als dem Dienstleister für den öffentlichen Dienst in Bayern sei die Arbeitsbelastung nicht mehr erträglich, so Wipijewski. Hier könnten unmöglich mehr als 200 Stellen in den nächsten 5 Jahren eingespart werden, wie es der Haushaltsplan vorsehe, zumal keinerlei demographische Rendite erwartet werden könne.

Ingrid Heckner sagte ihre Unterstützung zur Verbesserung der Situation im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu. Sie äußerte die Hoffnung, dass

im Nachtragshaushalt die eine oder andere Stelle zur Verfügung gestellt werden könnte.

Für den Doppelhaushalt 2015/2016, der nach der Sommerpause in den Landtag eingebracht werden soll, habe sie die noch offenen Stellenhebungen aus dem Prozess des Neuen Dienstrechts fest im Visier. Die benötigten 30 Millionen müssten dafür bereitgestellt werden.

Von besonderem Interesse war für die Ausschussvorsitzende die Entschlüsselung zur EDV-Situation in der Steuerverwaltung, da sie von bfg-Personalräten mehrmals schon auf entsprechende Schwierigkeiten aufmerksam gemacht worden sei. Wipijewski verdeutlichte dazu an Beispielen, dass selbst grundsätzlich für sinnvoll erachtete Projekte für die Beschäftigten oft über Jahre Mehrarbeit bedeuteten, bevor sie womöglich zu einer Entlastung bzw. einer qualitativen Verbesserung führen können. Insofern dürfe man auch von jetzt im Berliner Koalitionsvertrag verabredeten Projekten nicht zu viel und vor allem nicht so schnell etwas erwarten.

Gerhard Wipijewski und Peter Winter erörtern Situation der Finanzverwaltung

MdL Peter Winter ist erstmals in seiner neuen Funktion als Vorsitzender des Landtagsausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen mit dem bfg-Vorsitzenden Gerhard Wipijewski zusammengetroffen.

Im Laufe des ausführlichen Gespräches wurde die Situation in der Finanzverwaltung erörtert und die Möglichkeiten für Verbesserungen im Nachtragshaushalt und im Doppelhaushalt 2015/2016 diskutiert. Gerhard Wipijewski erinnerte dabei an die große mediale Aufmerksamkeit, die die Steuerverwaltung angesichts der Offshore-Leaks, der Hoeneß-Affäre, der CD-Käufe etc., vor allem aber auch durch die ORH-Berichte über die schlechte Personalausstattung in den bayerischen Finanzämtern erhalten habe. Zusammen mit den Klagen über den Länderfinanzausgleich sei der Eindruck entstanden, der Freistaat tue womöglich bewusst zu wenig um einen maximalen Steuerertrag zu erzielen.

Die bfg sehe hier alle politischen Funktionsträger in der Verantwortung diese offene Flanke zu schließen, so der bfg-Vorsitzende. Denn gleich, auf wie viele tausend Beamtinnen und Beamte man die Unterbesetzung der bayerischen Finanzämter taxiere: unbestritten sei nach den Zahlen des Rechnungshofs die bundesweit schlechteste Personalausstattung und als Folge eine extreme Fallzahlenbelastung im Innendienst und die gewaltigen Abstände zwischen den Prüfungen im Außendienst - bei sogenannten Kleinbetrieben mit einem Gewinn von bis zu 120.000 Euro im Jahr beispielsweise eine Betriebsprüfung nur alle 40 Jahre!

Der Ausschussvorsitzende zeigte sich informiert über die Situation und deutete an, dass vor diesem Hintergrund nicht wie ursprünglich beabsichtigt weitere 324 Stellen im Zuge der Übernahme der KfZ-Steuerbearbeitung durch den Bund gestrichen werden sollen. Details könne er hierzu aber noch nicht bekanntgeben.

Verständnis zeigte er auch für die Situation in der Staatsfinanzverwaltung, wo die Fallzahlen seit der Verwaltungsreform immer weiter gestiegen sind und trotz bereits erfolgten Personalabbaus noch immer eine Abbaupflichtung von über 10 % bestehe. Der bfg-Vorsitzende machte deutlich, dass dies ein Thema sei, das nicht nur das Finanzministerium angehe, sondern alle Ressorts, weil

alle Beschäftigten auf die Dienstleistungen der Staatsfinanz angewiesen sind.

Zur Forderung im Doppelhaushalt die schon vor Jahren versprochenen Stellenhebungen zu schaffen, sagte Winter, er wolle, dass davon auch bei den Leuten in der 2. QE etwas ankomme. Wipijewski verdeutlichte daraufhin die tausendfache Abschichtung von Aufgaben des gehobenen Dienstes auf den mittleren Dienst, was leider bis heute noch nicht die entsprechende Stellenausstattung in den Spitzenämtern der 2. QE nach sich gezogen habe. Die bfg fordere daher zweierlei: diesen Abschichtungen mit Hebungen nach A9 + Z Rechnung zu tragen sowie die modulare Qualifizierung mit entsprechenden Stellenhebungen zu unterfüttern. Von sich aus kam der Ausschussvorsitzende auf die EDV-Probleme in der Steuerverwaltung zu sprechen. Er sei mehrmals vor Ort in seiner unterfränkischen Heimat bei Behördenstammtischen etc. auf diese Problematik angesprochen worden und verfolge sie daher mit Interesse. Der bfg-Vorsitzende erläuterte daraufhin die vielschichtigen Anforderungen und Schwierigkeiten im Zusammenspiel zwischen Finanzämtern, Netzprovider, Steuerprogrammen, Rechenzentrum, Datenbanken des Bundes und den Programmen des KONSENS-Verbundes. MdL Winter bat, über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Politische Gespräche zur Situation der Finanzverwaltung

Der bfg-Vorsitzende Gerhard Wipijewski hat seine politischen Gespräche im Vorfeld von Nachtragshaushalt 2014 und Doppelhaushalt 2015/2016 fortgesetzt. Dabei ging es ihm in erster Linie darum die besonderen Probleme der Steuerverwaltung sowie der Staatsfinanzverwaltung deutlich zu machen. Während die beiden Vertreter der Freien Wähler im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, Landtagsvizepräsident Peter Meyer und Günther Felbinger gewissermaßen „alte Hasen“ in diesem Aufgabenfeld sind, sind Verena Osgyan und Markus Ganserer von Bündnis 90/Die Grünen nicht nur neu im öD-Ausschuss, sondern auch erstmalig im Landtag vertreten.

Neu in seinem jetzigen Amt als Staatssekretär Finanzministerium ist auch Albert Füracker. Er gehört dem Landtag – wie die beiden Freien Wähler – in der zweiten Legislaturperiode an. Im erweiterten Finanzressort ist er neben Johannes Hintersberger einer von zwei Staatssekretären. Dabei zeichnet sich ab, dass er entsprechend seiner Herkunft aus der Oberpfalz seinen regionalen Schwerpunkt mehr in der nördlichen Landeshälfte haben wird, wofür nicht zuletzt auch sein künftiger Dienstsitz in Nürnberg spricht. Angesichts der wiederkehrenden Schwierigkeiten mit der EDV warnte der bfg-Vorsitzende vor allzu viel EDV-Gläubigkeit. Die Erfahrung zeige, dass man angesichts rapide sich verändernder Gesetze und immer neuen Aufgaben nicht auf Einsparpotentiale durch die EDV hoffen dürfe. Wie bei allen Gesprächen verdeutlichte Wipijewski die Personalmissere in den beiden Verwaltungsteilen angesichts der offiziellen Zahlen des Bayerischen Obersten Rechnungshofs für die Finanzämter und der Aufgabenzuwächse bei sinkenden Personalzahlen im Landesamt für Finanzen. Der bfg-Vorsitzende zeigte auf, dass man in der Finanzverwaltung weder eine demographische Rendite erwarten noch mit einer Verminderung der Aufgaben rechnen könne.



Gerhard Wipijewski im Gespräch mit Staatssekretär Albert Füracker sowie



den Abgeordneten Peter Meyer und Günther Felbinger von den Freien Wählern



und Verena Osgyan und Markus Ganserer von Bündnis 90 / Die Grünen.

Peter Meyer und Günther Felbinger kritisierten angesichts der bekannten Belastungen in mehreren Ressorts die pauschale Stellenbremse, wie sie der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung ausgegeben hatte. Vielmehr halten die beiden Freien Wähler eine Bestandsaufnahme in den einzelnen Ressorts und eine Aufgabenkritik für notwendig. Sie sprachen sich für einen Wegfall der Abbaupflichtungen im Haushalt aus. Davon könnte insbesondere die Staatsfinanzverwaltung profitieren. Der bfg-Vorsitzende erläuterte den beiden Abgeordneten, wie insbesondere die rasant steigenden Lohnsteuereinnahmen den Blick auf die Defizite beim Steuerrechtvollzug verstellen. Wenn die Wirtschaft nicht mehr so boome, werde man erkennen, wie wichtig eine bessere Personalausstattung der Steuerverwaltung wäre.

Obwohl erst kurz im Landtag, hatten sich die beiden GRÜNEN-Abgeord-

neten Verena Osgyan und Markus Ganserer bereits im Januar mit einem Problem der Steuerverwaltung beschäftigt: der EDV. Ausgehend von der Thematisierung der Schwierigkeiten beim bfg-Gewerkschaftstag in Schweinfurt haben sie hierzu eine schriftliche Landtagsanfrage verfasst, wofür ihnen der bfg-Vorsitzende herzlich dankte. Wipijewski erläuterte den beiden „Neulingen“ im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Diensts die Personalprobleme in der Steuer- und Staatsfinanzverwaltung sowie die Entwicklung in den zurückliegenden Jahrzehnten. Dabei wurden insbesondere in den Finanzämtern tausendfach Abschiebungen von Aufgaben aus dem damaligen gehobenen Dienst auf den mittleren Dienst vorgenommen. Er verdeutlichte, dass vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen für die Beschäftigten der 2. QE und der in der 3. QE konzentrierten schwierigen Aufgaben Verbesserungen bei den Beförderungsmöglichkeiten dringend erforderlich seien.



Unsere Autoversicherung Mit bfg-Extrabonus für Neukunden

25 €-Gutschein
Gegen Vorlage dieses Gutscheins erhalten **bfg-Mitglieder**, die mit ihrer Autoversicherung als Neukunde zur HUK-COBURG wechseln, einmalig **25 €**.

Mit der HUK-COBURG fahren bfg-Mitglieder gut und günstig:

Niedrige Beiträge

Im Tarif Kasko SELECT sparen Sie gegenüber der normalen Kasko 20 % Beitrag ein.

Top Schadenservice

Wir lassen Ihr Auto abholen, wenn es nicht mehr fahrbereit ist. Ihr Fahrzeug wird in hoher Qualität repariert und innen und außen gereinigt zurückgebracht. Wir geben auf die Arbeit unserer Partnerwerkstätten 5 Jahre Garantie. Die Hersteller-Garantie bleibt erhalten.

Beratung zu allen Optionen

Wer möchte, der kann seine Kasko auch ohne Werkstattbindung abschließen.

dbb-Extrabonus 25 € für Neukunden

bfg-Mitglieder erhalten einmalig 25 €, wenn Sie mit Ihrer Autoversicherung als Neukunde zu uns wechseln.

Holen Sie sich gleich Ihr Angebot ab!

Die Adresse Ihres nächsten Ansprechpartners finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder auf www.HUK.de. Oder rufen Sie an: Telefon 0800 2 153153 – Kostenlos aus deutschen Telefonnetzen



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

... DER NEWSTICKER ...

... DER NEWSTICKER ...

Einkommensrunde Bund und Kommunen 2014

dbb: Konkurrenzfähigkeit des Staates sichern



dbb Bundesvorsitzender Klaus Daurer und verdi-Chef Bsirske verkünden die Tarifforderung

3,5 Prozent Einkommensplus und eine Grunderhöhung von 100 Euro für die insgesamt rund 2,1 Millionen Arbeitnehmer von Bund und Kommunen – so lauten die Hauptforderungen des dbb beamtenbund und tarifunion für die Einkommensrunde 2014.

„Die Einkommensschere zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst darf sich nicht weiter öffnen, wenn wir auf dem Arbeitsmarkt in Zukunft überhaupt noch konkurrenzfähig sein wollen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Daurer am 11. Februar 2014 in Berlin zum Hintergrund der Gewerkschaftsforderung. „Gerade jetzt, wo die Steuereinnahmen sprudeln, muss der Staat eine vorausschauende Personalpolitik betreiben. Fachkräfte und Auszubildende, die wir jetzt nicht für den öffentlichen Dienst gewinnen, werden uns in wenigen Jahren bitter fehlen. Das gilt übrigens für Arbeitnehmer und Beamte gleichermaßen, insofern fordern wir natürlich auch 2014 die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger des Bundes.“

Willi Russ, Zweiter Vorsitzender und Verhandlungsführer des dbb bei den Verhandlungen mit Bund und Kommunen, ergänzte, dass das Forderungsvolumen für den öffentlichen Dienst sich an der Einkommensentwicklung in anderen Branchen orientiere. Russ: „Die Beschäftigten von

Bund und Kommunen sind genauso von Inflation und steigenden Lebenshaltungskosten betroffen wie alle anderen. Besonders hart trifft das die unteren Einkommensgruppen, umso wichtiger ist die Grunderhöhung als soziale Komponente.“ Darüber hinaus betonte Russ nochmals die große Bedeutung, die der dbb der Nachwuchs-

sicherung im öffentlichen Dienst beimisst. Die wichtigsten Forderungen der Gewerkschaften: Eine Grunderhöhung von 100 Euro, 3,5 Prozent mehr Einkommen, 30 Urlaubstage für alle sowie eine Nahverkehrszulage von 70 Euro. Die Verhandlungen mit Bund und Kommunen starten am 13. März 2014 in Potsdam.

Helene Wildfeuer bei Spitzengespräch mit Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig



Helene Wildfeuer und Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig

Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, hat ihre Forderung nach einer gesetzlichen Quotenforderung für den öffentlichen Dienst und seine Betriebe am 6. März 2014 in einem Spitzengespräch der führenden Frauenorganisationen mit der Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig erneuert. „Die dbb bundesfrauenvertretung setzt sich für eine Mindestmarge von 30 Prozent für beide Geschlechter als verbindliche Zielvorgabe mit Sanktionscharakter bei der Besetzung von Führungspositionen im öffentlichen Dienst und seinen privatisierten Bereichen ein“, machte Wildfeuer gegenüber der Bundesfamilienministerin Manuela

Schwesig deutlich und begrüßten die beabsichtigte gesetzliche Regelung für den öffentlichen Bereich. Zu den gesetzlichen Zielvorgaben gehört aus Sicht Helene Wildfeuers die Berücksichtigung von Genderkompetenzen bei der Leistungsbeurteilung: „Sowohl für jene, die Führungspositionen einnehmen möchten; als auch in der Leistungsbewertung des Beurteilenden muss Genderkompetenz als Leistungskriterium zählen.“ Mögliche Sanktionsmechanismen sieht Wildfeuer bei der Gewährung von Leistungsprämien. Zulagen, die auf die persönliche Leistung Beschäftigter zurückzuführen seien, könnten an neue Kriterien wie die Genderkompetenz beziehungsweise an die Einhaltung von Zielvorgaben geheftet werden. Ein regelmäßiges Gleichstellungscontrolling könnte hierfür eine Messlatte sein.“

DSTG-Freizeitunfallversicherung

Wie bereits mitgeteilt ist die Freizeit-Unfallversicherung der DSTG zum 31.1.2014 erloschen. Leistungen hieraus erfolgen daher nicht mehr. Im Falle eines Freizeitunfalls wenden sich Mitglieder bitte an ihren Ortsverband. Die bfg wird bemüht sein zur Abmilderung der Situation nach einem Freizeitunfall eine freiwillige Leistung an das betroffene Mitglied zu erbringen.

„Schnapsidee!“ - Stamm gegen Auslagerungen nach Höchstädt



Foto: Rolf Poss

Die haushaltspolitische Sprecherin von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im bayerischen Landtag, Claudia Stamm, will die Teilverlagerung des Finanzamts München nach Höchstädt stoppen. In einer Pressemitteilung der Abgeordneten heißt es, dass der millionenschwere Umzug der Bewertungsstelle des Finanzamts München nach

Höchstädt a.d. Donau deutlich teurer als geplant komme. Statt der ursprünglich veranschlagten 18 Millionen Euro müsse man schon jetzt mit über 20 Millionen Euro rechnen. Nach Stamms Informationen sei auch bereits der Oberste Bayerische Rechnungshof (ORH) an der Sache dran. Stamm erinnert auch daran, dass lediglich drei der 63 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bewertungsstelle nach Höchstädt wechseln wollten. „Da kämen dann noch einmal Kosten für die zusätzliche Ausbildung neuer Fachkräfte obendrauf“, so Stamm, „die dann zwar in Höchstädt sitzen würden, aber Immobilien in München taxieren sollen – eine Schnapsidee!“ Stamm schlägt stattdessen vor, die Immobilie als Unterkunft für Flüchtlinge zu nutzen.

Halbleib will 1.000 zusätzliche Steuerbeamte



Der parlamentarische Geschäftsführer und Haushaltsexperte der SPD-Landtagsfraktion, Volkmar Halbleib, kritisiert scharf den vom Kabinett eingebrachten Nachtragshaushalt 2014. In einer Erklärung Halbleibs heißt es, die angebliche Schuldentilgung durch die Staatsregierung sei „reine Augenwischerei“. Die CSU

bürde den künftigen Generationen in Bayern gewaltige Lasten auf, indem sie die versteckte Verschuldung noch weiter erhöhe. Als Beleg nennt Halbleib u.a. die Pensionsvorsorge für die bayerischen Beamtinnen und Beamten. Mittlerweile würden über eine Milliarde Euro fehlen, um die künftigen Pensionszahlungen ausreichend abzusichern. Kein Verständnis hat Halbleib für die auch mit diesem Nachtragshaushaltsentwurf andauernde Unterbesetzung in der bayerischen Finanzverwaltung, die der Bayerische Oberste Rechnungshof seit Jahren kritisiert. Notwendig bleiben, so Halbleib, mindestens 1.000 zusätzliche Steuerbeamte für mehr Steuergerechtigkeit und vor allem auch für mehr Steuereinnahmen in Bayern.

Debeka
Versichern und Bausparen
Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes


Jetzt staatliche Förderung sichern!

Egal, ob Sie fürs Alter vorsorgen, Steuern sparen oder Kapital für eine Immobilie aufbauen möchten – der Staat hilft dabei. Neu, seit dem Jahr 2013, ist die geförderte private Pflegevorsorge.

Behalten Sie den Überblick – Wir zeigen Ihnen Wege zu Ihrer staatlichen Förderung.

**Debeka-Landesgeschäftsstellen
in Bayern**

**Dreifaltigkeitsplatz 11/11a
84028 Landshut
Telefon (08 71) 96 56 50 - 0**

**Damenstiftstraße 9
80308 München
Telefon (0 89) 2 35 01 - 0**

**Marienstraße 27
90402 Nürnberg
Telefon (09 11) 2 32 04 - 0**

www.debeka.de

anders als andere

Debeka

Alle Staatsbediensteten betroffen!

bfg befürchtet Verzögerungen bei der Auszahlung von Leistungen wegen Personalmangels im Staatsfinanzdienst

Platzstellen für den Staatsfinanzdienst seien nicht sexy. So wird Finanzminister Söder zitiert, als er sich mit einer entsprechenden Forderung konfrontiert sah. Nun, ob es tatsächlich so gesagt wurde oder sich um eine Legende handelt, der Vorgang trifft in jedem Fall des Pudels Kern. In der Öffentlichkeit lassen sich mit Ausgaben für die Staatsfinanz keine Popularitätspunkte gewinnen. Also lieber bei Lehrern und Polizisten investieren - mit ordentlicher positiver Außenwirkung! Deshalb wird auch die Abbauverpflichtung von 200 Stellen im Bereich des Landesamts für Finanzen nicht zur Diskussion gestellt, obwohl sie längst durch die Arbeitswirklichkeit überholt wurde. Der bfg-Arbeitskreis „Staatsfinanz“ sieht hier dringenden Korrekturbedarf.

Verzögerungen, zum Beispiel bei der Beihilfearbeitung, gibt es immer wieder einmal. Schnell werden dann Beschwerden laut in den verschiedenen Bereichen der Staatsverwaltung. Zu Recht! Schließlich ist es keine Art die eigenen Bediensteten auf zustehende Zahlungen über Gebühr warten zu lassen. Doch die Beschäftigten, die solche Beschwerden oft ausbaden müssen, können am wenigsten dafür. Die Ursache für die Probleme liegt, wie woanders auch, im Auseinanderklaffen von Anspruch und personeller Ausstattung. Die Rechnung bei stetig steigenden Aufgaben Stellen streichen zu wollen, kann auch im Staatsfinanzdienst nicht aufgehen. Im Gegenteil, denn die Folgen von Defiziten hier schlagen direkt auf alle Verwaltungsbereiche in Bayern durch. Alle Beschäftigten sind betroffen, wenn es nicht mehr läuft! Beamte und Arbeitnehmer, Aktive und Versorgungsempfänger. Sie alle müssten daher ein ureigenes Interesse daran haben, dass der Staatsfinanzdienst nicht weiter ausblutet. Und gemeinsam kann man auch der Öffentlichkeit erklären, dass zuverlässige staatliche Leistungen ohne eine zuverlässige Verwaltung der Staatsfinanzen nicht erzielbar sind.



Der Arbeitskreis Staatsfinanz der bfg das sind: Gerlinde Woppmann, Ingrid Rauchmeir, Bernhard Lechner, Christoph Werwein ...



... Eva-Maria Waitzinger, Norbert Mitnacht, Erwin Heidenfelder, Barbara Windisch und Thomas Masel.

bfg-Arbeitskreis unter neuer Führung

Mit 2.500 Bediensteten steht das Landesamt für Finanzen naturgemäß etwas im Schatten der „großen“ Steuerverwaltung. Damit die Interessen der Beschäftigten angemessen in die Arbeit der bfg einfließen, gibt es seit vielen Jahren einen eigenen Arbeitskreis der Ortsvorsitzenden auf Landesebene, dem auch der Bereich der ImBY angegliedert ist. Unter neuer Führung fand Mitte Februar die erste Besprechung nach dem Gewerkschaftstag statt. Christoph Werwein übernahm die Aufgabe von Nicole Kittlaus, die nicht mehr für die Landesleitung kandidierte. Auch der neue bfg-Landesvorsitzende Gerhard Wipijewski ließ es sich nicht nehmen, an dieser ersten Arbeitskreissitzung

teilzunehmen. Das unterstreicht die Bedeutung, die die bfg dem Bereich Staatsfinanz zumisst.

Hauptziel: Abbauverpflichtungen beseitigen!

Hauptziel muss es sein, da waren sich alle Mitglieder einig, die Abbauverpflichtung von 200 Stellen beim Landesamt für Finanzen und 20 Stellen bei der ImBY politisch zu beseitigen. Die bfg hat sich hier bereits klar positioniert. Es vergeht kaum ein politisches Gespräch, bei dem der Landesvorsitzende nicht auch auf diese zentrale Forderung hinweist.

Ohne die bfg stünde der Staatsfinanzdienst politisch auf verlorenem Posten. Grund genug noch enger zusammenzurücken.



bfg: „Bei der Personalverteilung 2014 muss im Innendienst dringend Personal zugeführt werden“

Abteilungsleiter Alexander Voitl zu Gast bei bfg-Klausur

Auch zu Beginn dieses Jahres fand sich die Landesleitung der Bayerischen Finanzgewerkschaft zu ihrer zweitägigen Klausurtagung im oberfränkischen Ebermannstadt ein. Erstmaliger Gast war der neue Leiter der Personalabteilung im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Alexander Voitl. Wie bereits berichtet ist Voitl Nachfolger von Wilhelm Hüllmantel, der Anfang Dezember in den Ruhestand getreten ist. Als Leiter der Personalabteilung ist Voitl damit „qua Amtes“ einer der wichtigsten administrativen Ansprech- und Verhandlungspartner der bfg in allen allgemeinen und besonderen Fragen und Themen, die mit dem Personal der Finanzverwaltung und deren Dienstrecht in Zusammenhang stehen. Nachdem die Fortführung der bislang sehr guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen der bfg und dem „Personalchef“ der Finanzverwaltung beiden Seiten ein wichtiges Anliegen ist, waren die Einladung an Dr. Voitl zur bfg-Klausur und dessen Teilnahme somit fast schon die natürliche Folge.

Personalsituation: Personalverteilung 2013 darf sich nicht wiederholen

Ein Schwerpunkt der Beratungen zwischen Dr. Voitl und den Mitgliedern der bfg-Landesleitung war dann die Personal- und Arbeitssituation in der Bayerischen Finanzverwaltung. Dabei erneuerte Landesvorsitzender Wipi-

jewski die massive Kritik der bfg an der Personalverteilung 2013 in der Steuerverwaltung, bei der der überwiegende Teil der Nachwuchskräfte den Außendiensten zugeführt wurden und die Allgemeine Verwaltung der Finanzämter ohne Verstärkung geblieben ist. Die Bezirksvorsitzenden Matthias Bauregger und Helene Wildfeuer ergänzten, dass sich ihre Befürchtungen und Warnungen in der Zwischenzeit bestätigt hätten und in den Veranlagungsstellen der Finanzämter aufgrund der fehlenden Zuführung im Herbst ein noch nie dagewesener Arbeitsdruck entstanden sei. Ein derartiges Vorgehen dürfe sich bei der Personalverteilung 2014 nicht wiederholen. Bei der Personalverteilung 2014 müsse den Innendiensten unbedingt Personal zugeführt werden, wenn die Funktionsfähigkeit in den Veranlagungsstellen aufrecht erhalten bleiben solle.

Anerkennenswert sei es, dass die Einstellungszahlen in der Zwischenzeit deutlich angehoben worden seien, lobten die bfg-Vertreter. Notwendig sei es aber auch, das Problem der unterschiedlichen Besetzung in der 2. und 3. QE zwischen Nord- und Südbayern mit wirkungsvollen Maßnahmen anzugehen. Nach Auffassung der bfg-Landesleitung ist es auf Dauer nicht zielführend, junge Beschäftigte nach der Ausbildung in Bayern „von der einen in die andere Ecke“ zu versetzen. Diese würden in der Mehrzahl zumindest mittelfristig eine Rückkehr anstreben. Deshalb sollte vielmehr nach Lösungsmöglichkeiten

gesucht werden, zusätzliche Einstellungen dort vorzunehmen, wo der Bedarf tatsächlich am drängendsten sei.

Voitl: „Söder setzt sich für seine Leute ein“

Abteilungsleiter Voitl anerkannte die Situationsanalyse und die sich daraus ergebenden Forderungen der bfg; auch in Bezug auf die kommende Personalverteilung. Er zeigte sich zuversichtlich, weitere Verbesserungen bei der Personalsituation zu erzielen. Die bfg könne auf Minister Söder zählen: „Söder setzt sich für seine Leute ein“, sagte Voitl und kündigte an, dass der Finanzminister den Nachtragshaushalt für Stellen der 3. Qualifikationsebene für die Finanzämter öffnen werde. Es sei auch zu erwarten, dass die Stellen entsprechend „durchgeschlüsselt“ und somit auch für zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten sorgen würden. In den kommenden Jahren müsse mit weiteren Einstellungen der „anrollenden Ruhestandswelle“ begegnet werden, stellte Voitl vorausblickend fest.

Ein weiteres Thema war die sich in der Diskussion befindliche Änderung der Auswahl- und Beförderungsgrundsätze aufgrund verschiedener Urteile. bfg und Voitl waren sich einig, dass es zu keiner nicht nachvollziehbaren Verkomplizierung der bisherigen Regelungen kommen dürfe. Dies würde die Akzeptanz der Beschäftigten gegenüber dem Beförderungsverfahren massiv einschränken und zu Misstrauen führen.

Ein Superministerium stellt sich vor

Nach der Landtagswahl 2013 überraschte der wiedergewählte Ministerpräsident mit der Ankündigung, das Finanzministerium zu einem „Superministerium“ zu machen. Der Name war schnell bekannt, die Zuständigkeiten daraus im Ansatz erkennbar. Trotzdem folgte ein längerer interner Findungsprozess für das „Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat“, der nun – zumindest was das Organigramm anbelangt – abgeschlossen ist. Offizieller Höhepunkt war die Einweihung des neuen Dienstsitzes in Nürnberg Ende Februar durch Staatsminister Dr. Markus Söder.

Zuständigkeit und Organisation

Wie dem Namen des Ministeriums zu entnehmen ist, sind die Bereiche Landesentwicklung und Heimat als neue Zuständigkeiten in das Finanzministerium gewandert. Bislang waren die damit verbundenen Aufgaben beim Wirtschaftsministerium angesiedelt. Die neugegründete Abteilung VIII im BayStMFLH widmet sich mit 6 Referaten künftig nicht nur der Landesentwicklung im Flächenstaat, sondern hat auch die Demographie, die Schlösserverwaltung und die Verwaltungsreform (bisher in der Staatskanzlei) in ihrer Zuständigkeit. Für die Landesentwicklung gehören jetzt auch gut 50 Beamte der 4. QuE zum Ressort, die aber weiterhin an den Bezirksregierungen arbeiten. Als weitere große neue Aufgabe hat das Finanzministerium die Digitale

Erschließung Bayerns übertragen bekommen. Um es mit den Worten des Finanzministers auszudrücken soll es künftig für jeden Winkel Bayern eine Ausfahrt von der schnellen Datenautobahn geben. Digitalisierung und Breitband sind organisatorisch der Abteilung VII und somit der Vermessungsverwaltung zugeordnet. Das Landesamt für Vermessung und Geoinformation (LVG) firmierte bereits um in Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV). Durch die Angliederung an die flächendeckend vertretenen Vermessungsämter, die künftig Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung heißen, verspricht man sich eine gute Vor-Ort-Betreuung der Gemeinden. Staatsminister Dr. Söder wurde daher sowohl zum Demogra-

phiebeauftragten als auch zum IT-Beauftragten („CIO“ – Chief Information Officer) der Staatsregierung ernannt.

Thema Rechenzentren

Im Zusammenhang mit den neuen Zuständigkeiten und auch als Folge mehrfacher Ermahnungen des Obersten Rechnungshofes ist auch der Kabinettsbeschluss zur Bündelung der Rechenzentren im Freistaat zu sehen. Zum 1. Januar 2014 wurde das Rechenzentrum Süd aus dem Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung herausgelöst und als IT-Dienstleistungszentrum des Freistaats Bayern in das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung integriert und soll dort weiterentwickelt werden. Ein zweites Rechenzentrum, welches aus Sicher-



Die anwesenden bfg-Vertreter nutzten den Festakt in Nürnberg für Gespräche mit Politik und Verwaltung: Gerhard Wipijweski mit den Landtagsabgeordneten



Claudia Stamm, Peter Meyer und Verena Osgyan und Helene Wildfeuer mit Finanzminister Markus Söder und Amtschef Wolfgang Lazik.

heitsgründen sogar vorgeschrieben ist, besteht mit dem Rechenzentrum Nord in Nürnberg und ist bekanntermaßen dem Landesamt für Steuern angegliedert. Inwieweit eine Konsolidierung dieser Rechenzentren zu Änderungen in den Zuständigkeiten führen wird, ist noch nicht abschließend geklärt. Ein Umsetzungskonzept unter Einbeziehung des Hauptpersonalrats wird demnächst erstellt. Zuge sagt wurde bislang, dass es Standortgarantien für Nürnberg und München gebe, dass es keine Zwangsversetzungen geben werde und dass der Standort Nürnberg auf keinen Fall geschwächt, sondern eher gestärkt werden solle. Die bfg fordert darüber hinaus, dass es zu keiner Schwächung der Steuerverwaltung kommt.

Dienstszitz Nürnberg

Ein absolutes Novum stellt der Dienstszitz Nürnberg des BayStMFLH dar. Bei der Eröffnung am 20. Februar 2014 verwies ein sichtlich stolzer Finanzminister darauf, dass erstmals seit 1806 ein bayerischer Regierungssitz außerhalb Münchens existiere. Da der Dienstszitz Nürnberg überwiegend mit den Themen Landesentwicklung und Heimat befasst sein werde, sei die Verlagerung aus München heraus als Zeichen dafür zu werten, dass Bayern nicht nur aus München bestehe und man alle Regionen Bayerns langfristig auf gleiche Augenhöhe bringen wolle. In dem zunächst auf 15 Jahre angemieteten Gebäude mitten in der Nürnberger Altstadt sollen demnächst 100 Beschäftigte in reinen „Nürnberg-Referaten“, aber auch in „Spiegelreferaten“ arbeiten. Im Nachtragshaushalt werden voraussichtlich 25 Stellen dafür zur Verfügung gestellt werden. Ein Teil der Stellen kommt mit den Zuständigkeiten aus anderen Ressorts.

Die bfg weist darauf hin, dass Personalzuführungen für die neuen Zuständigkeiten des BayStMFLH sowohl in München als auch am neuen fränkischen Standort auf keinen Fall zulasten der eh stark unterbesetzten Dienststellen der Steuer- und Staatsfinanzverwaltung gehen dürfen. Die Regierung muss hier ihre politischen Ziele mit entsprechend zusätzlichen Stellen im Haushalt untermauern. Diese Forderung wird die bfg in ihrer Eingabe zum Nachtragshaushalt auch gegenüber dem Landtag noch einmal verdeutlichen.

Fast 10.000 Besucher seit dem 17. November

Neue bfg-Homepage erfreut sich großen Interesses



GESCHÄFTSSTELLE | PRESSEBEREICH | KONTAKT | IMPRESSUM

NEWS die bfg BEZIRKSVERBAND NORD BEZIRKSVERBAND SÜD SERVICE **Bayerische Finanzgewerkschaft**

FINANZAMT **Betrug**

„Vertrauen in Recht und Gesetz stärken!“
Finanzgewerkschaft sieht gesellschaftspolitische Chance durch Hoeneß-Prozess

Die Bayerische Finanzgewerkschaft bfg sieht den Prozess gegen den Bayern-Präsidenten Uli Hoeneß als Chance das Vertrauen der Bürger in Recht und Gesetz zu stärken. „Die Bürger müssen sehen, dass Herr Hoeneß wie jeder andere in dieser Situation auch behandelt wird“, so der Vorsitzende der Bayerischen Finanzgewerkschaft, Gerhard Wipijewski, heute in München. „Daneben aber erhoffe ich mir von Herrn Hoeneß, dass er seine Tat nicht weiter nur als persönliche „Torheit“ abtut, sondern bekennt unserer Gesellschaft geschadet zu haben. Denn es muss auch ihm klar sein: ohne Steuern kein Staat!“ ... mehr

08.03.2014 | Allgemeine News

Fachtagung für Orts- und Personalratsvorsitzende aus Nordbayern am 19. und 20. März

bfg intern
... zum Login

BEITRITT
Ja, ich möchte der bfg beitreten
... zum Formular

Mail-Verteiler
Aktuelle Infos per E-Mail erhalten
... zum Mail-Verteiler

bfg Zeitung
Die Mitgliederzeitschrift der bfg
... mehr Infos

Downloads
Hier finden Sie interessante Dokumente und Informationen zum Download
... in den Download-Bereich

bfg Jugend
... www.bfg-jugend.de

Bayerische Finanzgewerkschaft Jugend
Gefällt mir

Bayerische Finanzgewerkschaft Jugend
JAV Schulungen finden

Die Bayerische Finanzgewerkschaft hat seit dem Gewerkschaftstag im November mit Gerhard Wipijewski nicht nur einen neuen Vorsitzenden, sondern auch einen neuen Internetauftritt. Und wie der neue Vorsitzende hat auch die bfg-Homepage in der Zwischenzeit ihre Feuertaufe bestanden. Die neue Homepage wurde am 17. November kurz vor dem Gewerkschaftstag in Schweinfurt ins Netz gestellt. Seit diesem Tag haben nun fast 10.000 „Surferinnen und Surfer“ die neue bfg-Homepage besucht und dabei anhähernd 40.000 Seiten aufgerufen.

Bis die neue Homepage allerdings an den Start gehen konnte, musste eine Menge Vorarbeit geleistet werden. Unter Federführung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Thomas Wagner, der bereits den bisherigen Internetauftritt der bfg-Homepage betreute, wurde in der bfg-Landesleitung die Konzeption der Seite entwickelt und von Wagner die Inhalte zusammengestellt. Nachdem die alte bfg-Homepage vor circa 10 Jahren am Laptop des stellvertretenden Landesvorsitzenden mit dem Web-Editor „GoLive“ noch selbst programmiert werden konnte, wurde die technische

Umsetzung der neuen Homepage in professionelle Hände gegeben und mit dem Open Source Content Management System Django realisiert.

Ein Ziel der Neukonzeption war es, das bisherige Internetangebot des Landesverbandes und der beiden Bezirksverbände in einem „bfg-Portal“ zu vereinigen. Unter der bekannten Internetadresse „www.finanzgewerkschaft.de“ sind somit nun auch die Infos der beiden Bezirksverbände zu finden. Neben den aktuellen Informationen sind natürlich auch wieder der monatliche Bericht aus dem Hauptpersonalrat sowie wichtige Infos aus dem Bereich der Rechtsprechung zu finden. Die meist aufgerufene Seite ist demnach bisher die Information zum Senioritätsprinzip. Die redaktionelle Betreuung und Pflege der Seite erfolgt weiterhin vom stv. Landesvorsitzenden Thomas Wagner. Unterstützt wird er dabei von den stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Nicole Kittlaus und Bernhard Gruber, die die Seiten der Bezirksverbände Nordbayern bzw. Südbayern pflegen.

Es lohnt sich, regelmäßig bei www.finanzgewerkschaft.de „vorbeizuschauen“

Ortsverband beim Finanzamt Deggendorf Aktuelle Infos und Ehrungen langjähriger Mitglieder



Bezirksvorsitzender Matthias Bauregger, Gotthard Käspeitzer, Gertraud Hölzl, Elisabeth Weinberger, Ortsvorsitzender Ludwig Groß und Ferdinand Augustin

Zur diesjährigen bfg-Ortsversammlung konnte bfg-Ortsvorsitzender Ludwig Groß neben zahlreichen Mitgliedern den bfg-Bezirksvorsitzenden Südbayern Matthias Bauregger begrüßen. In seinem Rechenschaftsbericht ging Groß zuerst auf die Mit-

einen ausführlichen Kassenbericht ab. Er wurde danach einstimmig durch Handzeichen entlastet.

Danach referierte Matthias Bauregger über die Personalausstattung, die noch keineswegs zufriedenstellend ist, insbe-

beim Finanzamt Deggendorf für die engagierte Gewerkschaftsarbeit und beantwortete die gestellten Fragen ausführlich und kompetent. Nach dem Referat stellte Ludwig Groß die als nächstes geplanten Aktivitäten vor.

Aus den Ortsverbänden

gliederzahlen im OV Deggendorf ein, die aufgrund von 11 neu geworbenen Mitgliedern auf einen Mitgliederstand von 106 angehoben werden konnten. Natürlich wird auch weiterhin versucht den Mitgliederstand zu heben. Er verwies auf die Aktivitäten des Ortsverbands in 2013, mit der Teilnahme an den bfg-Vorstandssitzungen für Niederbayern und der Teilnahme an der bfg-Jahresarbeitstagung für Südbayern in Bad Endorf. Beim bfg-Gewerkschaftstag in Schweinfurt war der Ortsverband mit 3 Delegierten vertreten. Zu den weiteren Aktivitäten zählte auch der Besuch der monatlichen Beamtenbundstammtische des BBB, geleitet durch Ferdinand Augustin und die Teilnahme an den Veranstaltungen des Landratsamts und der Stadt Deggendorf. Ferner wurden zwei Anträge auf Rechtsbeistand an das Dienstleistungszentrum gestellt. Anschließend gab Ludwig Hakofer

sondere im Innendienst der Finanzämter und die zunehmend auch die Steuergerechtigkeit in Frage stellt. Ein weiterer Schwerpunkt war das Thema Einstellung von Nachwuchs und die Ausbildungssituation in den Finanzämtern, die den Beschäftigten einen enormen Einsatz neben der täglich zu bewältigenden Arbeit abverlangt. Verschärft wird diese Arbeitssituation durch die in 2013 vermehrt aufgetretenen EDV-Ausfälle und die ständigen Steuerrechtsänderungen. Die von der Arbeitsgruppe abgeschlossene Dienstpostenbewertung wurde ebenso erläutert, wie die aktuelle Rechtsprechung in Sachen Altersdiskriminierung. Ein ebenfalls nicht ganz gelöstes Problem stellt vor allem in den Finanzämtern außerhalb des Ballungsraums auch die Beförderungssituation dar.

Matthias Bauregger bedankte sich

Anschließend wurden die Mitglieder Ehrungen zusammen mit dem Bezirksvorsitzenden durchgeführt. Die Jubilare erhielten neben den Ehrenurkunden und Ehrennadeln zusätzlich einen guten Tropfen. Geehrt wurden für 25 Jahre Gotthard Käspeitzer, für 40 Jahre Gertraud Hölzl und Elisabeth Weinberger, für 50 Jahre Ferdinand Augustin (lange Jahre Ortsvorsitzender) und für 60 Jahre Erich Häringer (aus gesundheitlichen Gründen des Jubilars übernahmen Ferdinand Augustin und Ludwig Groß die Ehrung im Anschluss an die Veranstaltung bei diesem Zuhause).

In seinem Schlusswort bedanke sich der Vorsitzende bei den Anwesenden für deren Interesse. Matthias Bauregger dankte er speziell für dessen unermüdete Unterstützung und Bemühungen für die Beschäftigten.

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied
²⁾ Konditionen freibleibend, effektiver Jahreszins 7,18 %



0, Euro¹⁾ Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,- Euro Bezügekonto¹⁾

- Kostenfreie Kontoführung inkl. BankCard und viele weitere attraktive Extras!

+ Abruf-Dispokredit¹⁾ 6,99 % Sollzinssatz (veränderlich) p. a.²⁾

Beispiel:

Nettodarlehensbetrag	10.000,- Euro
Laufzeit	12 Monate
Sollzinssatz (veränderlich)	6,99 % p. a.
Effektiver Jahreszins	7,18 %

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von max. 75.000,- Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren an (Verlängerung möglich).

+ 0,- Euro Depot¹⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

Jetzt informieren:

www.beuegekonto.de oder
Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)

+ 30,- Euro Startguthaben über das



günstig • fair • nah



BB Bank

Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

Ortsverband beim Finanzamt Landshut Kellerer wiedergewählt



Die geehrten Mitglieder zusammen mit dem wiedergewählten Ortsvorsitzenden Sebastian Kellerer (links) und Bezirksvorsitzendem Matthias Bauregger.

Gut besucht war die Ortsverbandsversammlung des bfg-Ortsverbandes beim Finanzamt Landshut. Bezirksvorsitzender Matthias Bauregger berichtete über aktuelle gewerkschaftspolitische Themen. Insbesondere erläuterte er die ab 1.1.2014 geltende Binnendifferenzierung in der periodischen Beurteilung.

Nach dem Tätigkeitsbericht durch den Ortsvorsitzenden

Sebastian Kellerer erfolgten die Neuwahlen. Als Ortsvorsitzender wurde Sebastian Kellerer einstimmig wiedergewählt. Als stellvertretende Ortsvorsitzende wurden Dieter Watzke und Elisabeth Baumann gewählt. Beisitzer ist weiterhin Wilfried Powroznik. Als Ortsjugendleiterin wurde Simone Rothmayr und zur Stellvertreterin Carolin Rau gewählt. Abschließend wurden zahlreiche Mitglieder für ihre 25-, 40-, und 50-jährige Mitgliedschaft geehrt.

Helmut Ruß - 50 Jahre bfg



Bei der Ortsverbandsversammlung beim Finanzamt Landshut war es Bezirksvorsitzendem Matthias Bauregger eine besondere Freude Helmut Ruß für eine 50-jährige Mitgliedschaft in der bfg zu ehren. Unter dem Beifall der anwesenden Ortsverbandsmitglieder dankte Bauregger Ruß für sein jahrzehntelanges Engagement u.a. als stv. Bezirksvorsitzender und Schriftleiter der bfg sowie als stv. Vorsitzender im Bezirkspersonalrat bei der damaligen Oberfinanzdirektion München.

Mea Culpa Erich Reinhart

Beim Bericht über die Ortsverbandsversammlung beim Finanzamt Rosenheim haben wir bei den Ehrungen leider die wichtigsten Ehrungen unterschlagen: Nämlich die Ehrungen für 60 Jahre. Das wollen wir nun hiermit nachholen: Erich Ostler, Erich Reinhart und Sebastian Zweckstetter gehören nun seit 60 Jahren der bfg an. Hierfür herzlichen Dank für die langjährige Treue und Solidarität. Das Bild zeigt Kollegen Reinhart, der der Einladung zur Ortsverbandsversammlung gefolgt war und persönlich Ehrennadel und Urkunde entgegennahm.



Ortsverband beim Finanzamt Bad Kissingen Mitgliederversammlung mit Ehrungen



Am 13.01.2014 fand die Ortsverbandsversammlung beim Finanzamt Bad Kissingen statt. Ortsvorsitzende Daniela Kuhn begrüßte die anwesenden Mitglieder und Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer.

An diesem Nachmittag ging es um die Vorteile der bfg-Mitgliedschaft. Während Daniela Kuhn auf die finanziellen Vorteile einging, erläuterte Frau Wildfeuer die Vorteile einer organisierten Solidargemeinschaft. In ihrem kurzweiligen Vortrag erhielten die Mitglieder Einblick in die Arbeit einer Gewerkschaft, insbesondere Tarifverhandlungen, Minis-

tergespräche. Ein kleiner Ausblick auf das Jahr 2014 wurde gewagt und die aktuelle Beförderungssituation diskutiert.

Viele langjährige Mitglieder konnten geehrt werden: Für 25 Jahre wurden Andrea Hepp und Simone Schneider geehrt. Für 40 Jahre Klemens Bauer, Norbert Hickl, Guntram Hillenbrand, Thekla Kausch, Wolfgang Räth, Herbert Scheichenost, Anita Wegner, Johannes Wegner, Herbert Will, Evelin Wolf und Gudrun Ziegert. Für 50 Jahre Werner Dreißler und für 60 Jahre Elmar Hub und Arnold Freund.

WIR GRATULIEREN

Runde Geburtstage im März 2014

90. Geburtstag

Franz Brügel, FA Amberg; Leo Stenzel, FA Lichtenfels

85. Geburtstag

Georg Unterholzner, FA Regensburg

80. Geburtstag

Ludwig Bieringer, FA München Abt. BP; Alfons Birnthaler, LfSt-DSt. Nürnberg; Irmgard Doczkal, FA Ansbach; Siegfried Henning, LfSt-DSt. Nürnberg; Karl Ritter, LfSt-DSt. Nürnberg

75. Geburtstag

Adolf Altmann, LfSt-DSt. München; Hermann Geistbeck, ZFA Nürnberg; Therese Häusler, FA Rosenheim; Johann Kuffer, FA Regensburg; Josef Neumeier, FA Ansbach; Georg Schießl, FA Traunstein; Gotthard Simnacher, FA Landshut; Georg Weberndörfer, FA Nürnberg-Nord

70. Geburtstag

Georg Endres, FA Forchheim; Karlheinz Fälschle, FA Augsburg-

Stadt; Karl Peter Gummerum, FA Memmingen; Ludwig Hehenberger, FA Nürnberg-Nord; Wolfgang Hönig, FA Kempten; Hans Lang, FA Laufen; Philipp Meier, Lf-DSt. Ansbach; Günther Preitschopf, FA Pfaffenhofen; Ludwig Scheller, FA Donauwörth; Johannes Strauch, FA Schwandorf; Gerhard Vodermaier, FA Rosenheim

65. Geburtstag

Gisela Bauer, FA Augsburg-Stadt; Christine Bauhuber, FA Rosenheim; Peter Fischer, FA Amberg; Wolfgang Fuchs, FA Miesbach; Rudolf Harrieder, FA Kehlheim; Gerd Heinecke, FA Nürnberg-Süd; Georg Herbert, FA Würzburg; Heinz Hielscher, FA München Abt. BP; Alfred Hohl, FA Nürnberg-Süd; Bernhard Horlamus, FA Erlangen; Diethard Köhler, FA Würzburg; Klaus Kölling, FA Garmisch-Partenkirchen; Dieter Krause, FA München Abt. BP; Maximilian Maier, FA Augsburg-Stadt; Claus Miller; Hans Neumann, FA Garmisch-Partenkirchen; Hans Prause, FA München Abt. Körperschaften; Irmgard Prischenk, FA Wunsiedel; Richard Schenkl, FA Bayreuth; Josef Schmid, FA Augsburg-Stadt; Willi Seer, LfSt. IT-Bereich; Gerda Stauder, FA Würzburg; Edmund Stummvoll, FA Vilshofen; Walter Werner, FA Hof; Wilfried Wicht, FA Forchheim; Manfred Wiese, FA Wunsiedel; Georg Wörsing, FA Neu-Ulm; Peter Zahn, FA Hof

bfg-Ortsverband beim Finanzamt Erlangen**Gut gerüstet in die Zukunft: Ortsverband Erlangen wählt seinen Vorstand**

Eingerahmt von der Bezirksvorsitzenden Helene Wildfeuer und dem Ortsvorsitzenden Christoph Werwein freuen sich die Jubilare über ihre Ehrung für langjährige Mitgliedschaft.

Alle 5 Jahre muss in der bfg gewählt werden. Die überörtlichen Gremien haben das bereits im November 2013 beim Gewerkschaftstag erledigt. Der Ortsverband Erlangen schritt im Januar 2014 bei seiner Ortsversammlung zur Tat. Als Wahlvorstand fungierte die beim Gewerkschaftstag eindrucksvoll wiedergewählte Bezirksvorsitzende Helene Wildfeuer. Unter ihrer Regie bestätigten die Mitglieder im gut gefüllten Sitzungssaal des Finanzamts einstimmig Christoph Werwein als Ortsvorsitzenden. Zur neuen Stellvertreterin wurde Birgit Güßregen gewählt. Ihre Vorgängerin Barbara Wirth kandidierte als Beisitzerin. Sie wurde zusammen mit Klaus Nowak, Hans-Jürgen Wentritt, Alexandra Brendel, Lutz Fleißner und Sabine Birke in dieses Amt gewählt. Gerhard Mirsberger wurde als Rechnungsprüfer bestätigt. Der Ortsvorstand der bfg beim Finanzamt Erlangen ist somit breit und gut aufgestellt, um den Herausforderungen der nächsten 5 Jahre zu begegnen.

Verwaist ist derzeit der Posten des Ruhestandsvertreters, nachdem der langjährige Amtsinhaber Alois Geißler im Dezember 2013 verstarb. Damit eine mögliche Nachfolgerin oder ein möglicher Nachfolger sofort qualifiziert mitarbeiten kann, beschloss die Ortsversammlung, dass die Person, wer auch immer es sein wird, dem Vorstand angehören soll. Es ist nun Sache der Ruheständler ihre Vertretung sicherzustellen und sich eine Kandidatin oder einen Kandidaten auszugucken. Die Ortsjugendleiterin ist dagegen Kraft Satzung Vorstandsmitglied. Auch dieser Posten war im Zeitpunkt der Ortsversammlung nach einer Wegsetzungswelle sämtlicher bisheriger Mandatsträger noch unbesetzt. Mit Corinna Thilo hat sich eine junge Kollegin in den Tagen danach bereit erklärt das Amt zu übernehmen, sollte sie von der anzuberaumenden Jugendversammlung akzeptiert werden.

Neben den Wahlen waren eine ganze Reihe an Ehrungen durchzuführen. Erstmals konnten 2 Mitglieder mit der Ehrenurkunde für 60-jährige Mitgliedschaft ausgezeichnet werden, nämlich Walter Hüttl und Alfred Möhrlein, der leider krankheitsbedingt verhindert war. Die diamantene Ehrennadel für 50-jährige Mitgliedschaft erhielten aus der Hand der Bezirksvorsitzenden Helmut Bäumler, Manfred Kraus und Burkhard Rösch. Für 40 Jahre wurden Inge Kropf (verhindert), Peter Lemberger, Waltraud Meier, Liane Möser (verhindert), Richard Pabst und Agnes Rupprecht-

Dippel (verhindert) geehrt. Die silberne Ehrennadel für 25-jährige Mitgliedschaft erhielten Peter Haschke, Elke Mölkner, Peter Röcklein, Anneliese Schreiner, Hans-Jürgen Wentritt und Christoph Werwein. Thomas Hömer, Norbert Michel und Renate Tomandl waren verhindert. Schließlich waren noch Ehrungen aus 2012 nachzuholen. Hier wurden Maria Fischer (silber), Maria Lemberger (gold) und Herbert Fuchs (diamanten) ausgezeichnet.

Der Höhepunkt des Nachmittags bildete wie immer das Referat von Helene Wildfeuer. Die vom Ortsverband gewünschten Themen handelte sie gewohnt souverän ab. Klar wurde dabei, dass Erfolg nur aus dem Zusammenhalt heraus wachsen kann. Rezepte, die am Kantinentisch entwickelt werden, tragen in der politischen Wirklichkeit meist nicht weit. Es ist eben gerade nicht einfach notwendige Verbesserungen für die Steuerverwaltung im Landtag durchzusetzen - und ohne die bfg unmöglich. Es geht nur gemeinsam - und mit diesem Appell schloss Christoph Werwein eine gelungene Ortsversammlung.

bfg-Ortsverband bei der Dienststelle Laufen **Mitgliederehrungen**



Zur Mitgliederversammlung des Ortsverbands Laufen fand in der Dienststelle Laufen war Bezirksverbandsvorsitzender Matthias Bauregger war vor Ort und informierte die Kolleginnen und Kollegen über die aktuellen berufspolitischen Entwicklungen.

Anschließend nahm er die Ehrung langjähriger Mitglieder vor. Für 40-jährige Mitgliedschaft wurden geehrt: Christine Kaufmann - Rötz (abwesend), Werner Mück, Manfred Scharbert und Karl Windfellner. Für 50-jährige Mitgliedschaft wurde Hans Lang geehrt.